

## Die Rotstift - Ampel

### Koalitionsbruch bei der Bürgergeldreform

**Im Haushaltsentwurf für 2024 kürzt Finanzminister Lindner die Mittel für Weiterbildung und Qualifizierung sowie die Verwaltungskosten der Jobcenter. Das hat fatale Folgen für die Leistungsberechtigten.**

von Inge Hannemann für  
Online-Magazin „Links bewegt“

**Gelder für Eingliederung  
und Verwaltung werden  
gekürzt**

Wenn erneut das Bürgergeld in den Medien auftaucht, verheißt das nichts Gutes. Es ist ein Indiz dafür, dass es irgendwo klemmt. Diesmal klemmt bei den Geldern für die Jobcenter. Es ruckelt nicht mal mehr, so dass die BA-Chefin Andrea Nahles Alarm schlägt. Mit der Bürgergeldreform versprach die Ampel-Koalition: „Die Förderung der Weiterbildung und Qualifizierung werden wir stärken.“ Eine Förderung hängt bekanntlich mit Geld zusammen. Ohne Moos, nix los. Der Koalitionsvertrag entstand anno 2021 – Finanzminister Christian Lindner lief sich erst warm.

Nun befinden wir uns in der Debatte für den aktuellen Haushaltsentwurf für 2024, der für Fortbildungen oder Einstiegsqualifizierungen nicht genügend Mittel enthält. Gleiches gilt für die Verwaltungskosten für die Jobcenter. Bereits in diesem Jahr lagen die Gelder für die Jobcenter um 700 Millionen Euro niedriger als im Vorjahr. Für das kommende Jahr sollen die Verwaltungsgelder nochmals um 200 Millionen Euro sinken. Die Mittel für die Jobcenter-Ver-

waltungskosten sind insofern ausschlaggebend, als fehlende Gelder schlussendlich aus dem Eingliederungstopf der Arbeitslosengeld-Leistungsberechtigten geklaut werden. Die erhalten nachher weniger Geld für Weiterbildungen oder sonstige Vermittlungsunterstützungen.

**Wenn der Topf leer ist,  
ist er leer.**

Im Haushaltsetat 2024 hat Lindner einfach mal so 700 Millionen Euro (6,6 Prozent) gegenüber 2023 gestrichen. Das findet Nahles gar nicht gut: „Wir sind schlichtweg nicht ausreichend finanziert“, sagte Nahles gegenüber der Welt. Und im Koalitionsvertrag heißt es: „Eine passgenaue und ganzheitliche Unterstützung erfordert einen ausreichend dimensionierten Betreuungsschlüssel und gut qualifiziertes Personal bei den Jobcentern. Wir werden daher Eingliederungs- und Verwaltungstitel entsprechend ausstatten.“ Und dabei wollte die Koalition doch eigentlich mit dem neuen Bürgergeld die Leistungsberechtigten besonders unterstützen. Wenn Lindner auf die Schuldenbremse pocht, die vor Jahren ins Grundgesetz geschrieben wurde und nach der Corona-Pandemie wieder greifen soll, spart er an der falschen sozialen Ecke. Er bricht damit den Koalitionsvertrag auf Kosten der Leistungsberechtigten. Eine Eingliederung, gerade für Langzeiterwerbslose, ist damit quasi ausgeschlossen.

Die geplanten Sparmaßnahmen bewirken genau das Ge-

genteil einer Förderung. Das ist fatal. Die Schuldenbremse ist eine Bremse für das Herauskommen aus der Erwerbslosigkeit.

**Die Entscheidung, in  
diesem Bereich den Rotstift  
anzusetzen, gleicht einem  
Verbrechen.**

Es ist ein antisoziales Verhalten gegenüber den Einzelnen, die sich darauf verlassen haben, nun endlich eine adäquate Förderung durch ihr Jobcenter zu erhalten. Durch die quasi doppelten Einsparungen bei den Aktivierungsmaßnahmen und den Verwaltungsmitteln für die Jobcenter ist die Reduzierung der Förderungen so sicher wie das Amen in der Kirche. Eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt ist oftmals nur mit einer anerkannten Qualifizierung oder einer endlich erreichten Ausbildung möglich. Wir können froh sein, dass die Bürgergeldreform den Weg für Weiterbildungen, Qualifizierungen und Ausbildungen jetzt endlich mehr geöffnet hat. Lindner schließt diese Tür mit einem Krachen wieder zu. Wenn also ein Jobcenter „Nein“ sagt, liegt das, gerade bei einem kleineren Jobcenter, eher am geringen Geldtopf als an Willkür.

Die Abgeordneten sollten in sich gehen und überlegen, ob sie diesen Koalitionsbruch mitgehen wollen. Ampel hin oder her. Sozialbruch wirkt sich über Jahrzehnte aus. Die Agenda 2010 zeigt es bis heute. Daraus sollten die jetzigen Abgeordneten bei der Abstimmung denken und lernen.



*Die Corona-Pandemie hat die Hotel- und Gastronomie-Branche hart getroffen. Um die Betriebe zu entlasten und am Leben zu halten, wurde die Mehrwertsteuer auf Speisen von 19 auf 7 % gesenkt. Ende des Jahres läuft die Regelung aus. Ab Januar werden somit die Preise deutlich steigen. Aus unserer Sicht ein fatales Signal! Der 12 % höhere Satz würde sofort auf die Kunden überwälzt. Die Inflation sorgt ohnehin schon dafür, dass selbst Familien mit Mittelschichtseinkommen und Kindern genau kalkulieren müssen, ob sie auswärts essen oder nicht. Zudem bliebe den Betrieben noch mehr Kundschaft weg. Seit drei Jahren ist Dauerkrise in der Gastro: Lockdowns, die fehlenden Fachkräfte und jetzt die höheren Einkaufspreise für Strom, Gas und Zutaten. Rund 36.000 Betriebe haben seitdem Insolvenz angemeldet. Damit scheitern nicht nur Existenzen, auch gehen wichtige soziale Orte verloren. Viele tausend weitere stehen heute vor dem Aus. Kein Wunder, denn preisbereinigt lag der Umsatz in der Gastronomie im Mai noch immer rund 14 Prozent niedriger als im Mai 2019 – vor dem Krisenbeginn. Und, das vergessen leider viele, würde die Erhöhung auch die Verpflegung in Schulen und Kitas verteuern. Es braucht schnell Klarheit über den Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie. Die Ampel versucht sich in ihrer Not bis zur Steuerschätzung im November zu retten. Das wäre eine Zumutung für die Gastro. Unsicherheit ist Gift und Steueränderungen lassen sich nicht über Nacht in den Betrieben umsetzen.*

Christian Görke, MdB

# Linke Kampagne gestartet Gut für Brandenburg

Die Zufriedenheit der Brandenburger\*innen mit ihrem Leben ist über nahezu alle Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen hinweg rückläufig. Ein Zustand, der für uns nicht akzeptabel ist. Weil wir wissen: Es muss nicht so sein. Es muss nicht sein, dass Menschen ständig in Angst vor Mieterhöhungen leben und sich zweimal überlegen, ob sie sich den Einkauf im Supermarkt noch leisten können. Es muss nicht sein, dass Kinder in der Schule kein Mittagessen bekommen, weil es einfach zu teuer ist. Es muss nicht sein, dass Rentner:innen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, Pfandflaschen sammeln müssen. Es muss nicht sein, dass Manager viermal so viel verdienen wie eine Krankenschwester und Krankenhäuser auf Gewinnmaximierung getrimmt werden. Es muss nicht sein, dass die Energiepreise ins Unermessliche steigen und öffentliche Verkehrsmittel einfach nicht zugänglich und zu teuer sind. Es kann auch anderes, es kann

gut sein. Genau das zeigen wir mit unserem neuen Claim. Dass wir eine Vision haben, nämlich die einer Gesellschaft ohne Ausbeutung. Eine Vision von einem gerechten, solidarisches und guten Brandenburg. Mit uns als Idee, als Gestalter und als Motor. Mit uns Gut für Brandenburg. Unser „Gut“ konzentriert sich dabei auf die alltagsrelevanten sozialen Fragen, die besonders drängend sind: höhere Löhne, Arbeit, die zum Leben passt, bezahlbare Mieten, mehr Fach- und Hausärzte, weniger Unterrichtsausfall durch mehr Lehrer:innen, genügend Kita-Plätze, ein besseres Angebot im öffentlichen Nahverkehr. Wir machen deutlich: Mit unseren Ideen und Vorschlägen wird der Alltag der Menschen gut. Dabei kommunizieren wir positiv: Die Probleme, die wir haben, sind menschengemacht, sie sind Folge dieser Politik. Einer Politik, die das Land spaltet, Menschen in die Armut führt und ausgrenzt. Das heißt aber auch: Eine gute Politik kann diese Probleme lösen und das Land



YOUTUBE.COM

**Gut für Brandenburg. Wir machen den Unterschied.**

gerecht machen. Wir zeigen: Es geht anders. Es kann gut werden. Die Situation ist veränderbar. Die Landespolitik insgesamt gerät zunehmend in eine Wahrnehmungskrise. Sie erscheint weit weg vom Alltag und den Problemen der Menschen, sie hat im Grunde keine Relevanz mehr. Das führt zu Entfremdung. Wir zeigen: Wir sehen die Menschen auf Augenhöhe, wir nehmen sie und ihre Probleme ernst und wir bieten konkrete Handlungsmöglichkeiten an, um Gesellschaft zu verbessern.

Genau hier setzt unser Claim an. Gut heißt: bezahlbar. Gut heißt: ein sicheres Leben. Gut heißt: umweltfreundlich und nachhaltig. Gut heißt: Respekt und Solidarität. Gut heißt: bezahlbares Wohnen. Gut heißt: Teilhabe. Gut heißt: miteinander. Gut heißt vor Ort. Gut heißt: gerecht. Gut für Brandenburg ist Gut für dich, für mich und Gut für uns.

*Den Film zur Kampagne gibt es auf der Seite der Fraktion und hier: <https://www.dielinke-lausitz.de>*

## Veranstaltungstipp zum 50. Jahrestages des Militärputsches in Chile



„Wir wollen eine neue Gesellschaft aufbauen, die jeder Familie, jedem Mann, jeder Frau, jedem Jugendlichen und jedem Kind Rechte, Sicherheiten und Freiheiten garantiert, die jedem eine Perspektive für die Zukunft und das sichere Gefühl gibt, beim Aufbau des neuen Vaterlandes gebraucht zu werden. Dadurch wird für jeden das Leben schöner, reicher, würdiger und freier.“

Salvador Allende

**11. SEPTEMBER  
CHILE  
1973  
DER ANDERE**

Das Piccolo Theater Cottbus und der Verein Chile für die Welt Cottbus e.V. gedenken in einer gemeinsamen Veranstaltung des 50. Jahrestages des Militärputsches in Chile, bei dem der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende gestürzt wurde. Es folgten siebzehn Jahre einer grausamen Diktatur.

**Montag, 11. September 2023  
um 19 Uhr  
im Piccolo Theater Cottbus**



**EINLASS** 18.30 Uhr

**BEGINN** 19.00 Uhr

**AUFTAKT**

Jugendliche der Theatergruppe des Piccolo Theaters performen die letzte Rede von Salvador Allende

**GESPRÄCHE**

u. a. mit Günter Küpper, Mitarbeiter in der DDR-Botschaft in Santiago de Chile bis 1973  
Moderation: Michael Apel

**MUSIK**

Paloma Jara, Cottbus  
Konzert mit dem Trio del Sol, Bremen

**AUSSTELLUNG**

*Inspiration Chile*  
Rudolf Sittner, Malerei und Fotografie  
Einführung: Klaus Trende



Bergauf, Acryl auf Leinwand, 2011



Insel Juan Fernandez (Chile) Fotografie, 2011



Paloma Jara



Trio del Sol, Bremen

## Krieg &amp; Frieden

## Atomkriegsgefahr stoppen! Jetzt!

Eine Forderung zum  
78. Jahrestag der US-Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

von Helmut Scholz,  
Mitglied im Europäischen Parlament

„Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen jemals Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper zu entwickeln, zu erproben, zu erzeugen, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper einzusetzen oder ihren Einsatz anzudrohen. (...) Jeder Vertragsstaat, in dessen Eigentum, Besitz oder Verfügungsgewalt sich Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper befinden, (hebt) ihre Einsatzbereitschaft sofort auf und vernichtet sie so bald wie möglich.“

So heißt es in den Paragraphen 1 und 4 des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen. Geschlossen wurde das internationale Abkommen am 7. Juli 2017 von 122 Mitgliedstaaten

der UNO. Die offiziellen und inoffiziellen Atommächte sowie die allermeisten NATO-Staaten zeigten den Verhandlungen die kalte Schulter und unterzeichneten den Vertrag nicht – bis heute.

Mit ihrem Vorstoß hatte die große Mehrheit der UN-Staaten auf das wiederaufflammende nukleare Hochrücken und die Gefahr eines Atomkriegs reagiert. Etwa 12.500 Atomwaffen weltweit gibt es heute; ihre Vernichtungskraft ist viele tausend Mal größer als jene der Atombomben, die US-amerikanische Bomber am 6. und 9. August 1945 auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abwarfen.

Fast acht Jahrzehnte nach diesen militärischen Terrorakten, die keinerlei Beitrag zum Ende des zweiten Weltkriegs hatten, ist die Situation so dramatisch, dass sich im September 2020 über 50 ehemalige Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister, NATO-Politiker und Militärs mit einem Appell an die Öffentlichkeit wandten: „Ohne Zweifel ist ein

neues nukleares Wettrüsten im Gange, obwohl ein Rennen um Abrüstung dringend erforderlich wäre. Es ist Zeit, die Ära unserer Abhängigkeit von Atomwaffen endgültig zu beenden“, heißt es in dem Offenen Brief, mit dem die Unterzeichner\*innen sich an ihre Herkunftsländer wandten, die das Atomwaffenverbotsabkommen bislang nicht unterschrieben haben.

Und die Sorge wächst weiter, täglich. Erst vor wenigen Wochen konstatierte das Friedensforschungsinstitut Sipri: „Alle Atommächte rüsten weiter auf, die globale Sicherheitslage hat sich sehr verschlechtert.“ Dies liege zum einen am russischen Ukraine-Krieg und Putins unverhohlenen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen. Zum anderen modernisierten und erweiterten alle Atomwaffenstaaten ihre Arsenale. Zudem sind inzwischen praktisch alle Verträge zur Eindämmung des nuklearen Wettrüstens aufgekündigt. Und in der tagespolitischen Realität ist die Diskussion angelangt – angesichts



der Eskalation des Krieges in der Ukraine: was heißt es politisch und sicherheitspolitisch, wenn die sogenannte Doktrin der gegenseitigen (nuklearen) Abschreckung nicht länger mehr abschreckt?

Ich bleibe deshalb dabei: Die Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs und die nukleare Abrüstung sind hoch aktuelle Aufgaben. Die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags muss von Deutschland und allen EU-27 Mitgliedstaaten endlich realisiert werden. Gerade wenn die Debatte um eine EU-Verteidigungsunion forciert wird. Es gilt gemeinsam für eine atomwaffenfreie Welt zu kämpfen. Nicht nur an den Gedenktagen für die Opfer und Folgen der Atombomben in Japan.

## Aktion: Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki in Cottbus



Am Mittwoch, den 09.08.2023, gedachten wir in einer Mahnwache der Opfer der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki. Um ihre Schicksale nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, verlasen wir Opferberichte und appellierten zusammen mit der SDAJ Cottbus an die Verantwortlichen für Frie-

den. „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“ So heißt es in der Präambel der Unesco. In der Realität zeigt sich jedoch etwas anderes: während mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine der Krieg näher an die eigene Haustür getreten ist,

wird in der Regierung über Waffenlieferungen und Sanktionen diskutiert. Ein Rüstungswettkampf ist die Folge. Diplomatie und friedliche Lösungen, die die einzigen wirklichen Lösungen sind, geraten zunehmend ins Hintertreffen. Umso wichtiger ist es, die Idee eines globalen Friedens zu verbreiten. Deshalb fordern

wir die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland. In einer Zeit, in der Frieden längst nicht mehr selbstverständlich ist, können wir nur gemeinsam gegen Aufrüstung und Hass stark sein.

Luise Bochynek  
Linksjugend Lausitz



## TERMINE

### Sommer - Büroöffnungszeiten

Dienstag 11 - 15 Uhr  
Mittwoch: **Soziale Bürgerberatung**  
11 - 13 Uhr



**Soziale  
Bürgerberatung**  
Tel: 0355/ 22 440

jederzeit per E-Mail [info@dielinke-lausitz.de](mailto:info@dielinke-lausitz.de)  
Tel: 0355 - 22 44 0  
im Netz: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)



**Martin Schirdewan,**  
Vorsitzender DIE LINKE

Wir freuen uns auf den Besuch von Sebastian Walter, Vorsitzender DIE LINKE Brandenburg und Martin Schirdewan, Vorsitzender DIE LINKE am 1. September beim Familien- und Friedensfest in Cottbus.

**15 bis 19 Uhr auf dem  
Platz am Stadtbrunnen.**

**Ausstellung** im September in den Räumen unserer Geschäftsstelle

### Der Traum von einem anderen Deutschland



Bilder und Texte zur Inflation und Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik, zum gleichzeitigen Erstarken der NSDAP, zu den Jahren des Dritten Reiches und zum Widerstand der Weißen Rose



# 1. September Familien & Friedensfest

Spiel- und Mitmachaktionen + Infostände + Politik + Kultur

## Veranstaltungen zum Weltfriedenstag

### Lasst uns Friedenstauben sehen!

Kommt in großer Zahl zum alljährlichen Familienfest anlässlich des Weltfriedentages. Wir basteln, malen, singen... Friedenstauben, Kraniche und Kreideregenbögen.

Ab 15 Uhr werden wir den Cottbuser Platz am Stadtbrunnen in eine bunte, informative, leckere und linke Friedensburg verwandeln mit rotem Antikriegs-Panzer, Infoständen, Aktionen, Musik, politischem Bühnentalk sowie dem Landesvorsitzenden der LINKEN Sebastian Walter und dem Bundesvorsitzenden der LINKEN Martin Schirdewan.

Mit dabei sind Vertreter der LINKEN aus der ganzen Region, das MIA - Mädchenprojekt vom Frauenzentrum Cottbus, SOS-Kinderdorf, Schach mit Ralph, Entenwerfen mit Anne, der Eine-Welt-Laden, der Kost-Nix-Laden, das Geflüchtetenetzwerk Cottbus, der VVN-BdA mit der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“, das Neue Deutschland, Der Kleine

Buchladen, die SDAJ Cottbus, Cuba Si und viele weitere Akteure.

### Aktion Schulmaterialien

Bei der Sammlung für die Ausstattung mit Schulmaterialien für Schulanfänger (siehe LinksBLICK Nr. 14) kamen stolze 650 € zusammen. Danke an alle Spender:innen. Wir werden nun auf unserem Fest diese Materialien an die Familien abgeben.

Ob Kuchen, Eis, Kaffee oder Rote Brause... für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt.

Wir sehen uns in **Cottbus** ab 15 Uhr am 1. September auf dem Platz am Stadtbrunnen!

Auch in **Kolkwitz** wird es gemeinsam mit der örtlichen Kirche eine Aktion am 1.9. geben. Zum Kranich- und Friedenstauben-Basteln wird auf das Kirchengelände in der Schulstraße ab 15 Uhr geladen. Es folgt eine kleine Friedensfahrt nach Cottbus mit der Übergabe eines Friedenslichts.

## Vorgemerkt!

Im September warten gleich mehrere Highlights auf Euch! Also unbedingt im Kalender vormerken!

Highlight 1: Am 21.09. kommt „Plan B“ aus der Sommerpause. Ab 18.30 Uhr werden wir im Café Zelig wieder gesellschaftsrelevanten Fragen auf den Grund gehen. Geplant ist das Thema: „Klimakampf ist Klassenkampf“ mit dem kommunistischen Blogger Fabian Lehr.

Highlight 2: Am 24.09. wollen auch wir an den 50. Jahrestag des Militär-

putsch in Chile erinnern. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung begrüßen wir im Café Zelig um 18 Uhr die Tochter von Víctor Jara, Amanda Jara, und die Musikerin Yolanda de Palma. Wir sprechen über das Leben und künstlerische Schaffen von Víctor Jara und hören seine Lieder.

Highlight 3: Gregor Gysi kommt am 28.9. um 16 Uhr ins Café Mangold um mit uns über die aktuelle Lage der Partei zu reden. Diese Veranstaltung ist parteiintern. Einladung folgt.